

ARE-Kurzinformation Nr. 273
Serienfax u. E-Mail-Kette vip 2015

Liebe Mitglieder und Mitstreiter unseres Zusammenschlusses, sehr geehrte Förderer und Freunde der ARE mit besonderem Engagement für den Rechtsstaat, Mitwirkende in unserer Allianz für Aufarbeitung und Kurskorrektur, für Wiedergutmachung, Unrechtsbereinigung und Aufbau Ost, sehr geehrte Damen und Herren

Plänitz, 23. Juli 2015

Anlässlich des 70. Jahrestages der in Kyritz durch die Pieck-Rede am 02. September 1945 verkündeten schicksalhaften, sogenannten „Demokratischen Boden- und Industriereform“ findet am Ort des von uns umgewidmeten Denkmals für die Opfer von Verfolgung, Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung seit 1945 wiederum eine Gedenkfeier statt, zu der wir sie hiermit als engagierten und betroffenen Mitbürger einladen.

Wann:

am 29. August 2015 ab 14:00 Uhr

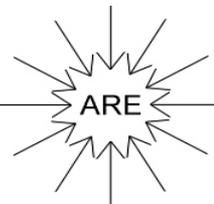
Wo:

in 16866 Kyritz am Denkmal auf der Perleberger Straße
Anschließendes Treffen im Sportzentrum Kyritz

Zur Nachlese der Fachtagung am 19. Juni 2015 und des Jubiläumskongresses am 20. Juni 2015 der ARE in Potsdam:

Da die Diskussion als Folge der Anregungen durch die Fachtagung zum „Paradigmenwechsel“ sich zur Zeit besonders auf die Fragen der Defizite zum Einigungsvertrag (Beitrag Prof. Günther Krause) konzentriert, sowie zusätzlich auch der §93 Absatz 1 Satz 3 des Bundesverfassungsgesetzes mit seiner zunehmender Tendenz zur Willkür-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in die Optik geraten ist, planen wir, bis zum September des Jahres ein Kompendium der Schwerpunktthemen und erforderlichen Initiativen mit Blick auf den Handlungsbedarf bei der Umsetzung zusammen zu fassen und Interessierten auf Antrag zur Verfügung zu stellen. -Bei Fragen Ihrerseits geben wir Ihnen gerne jetzt schon Auskunft-

Wir planen außerdem, die vor 10 Jahren getroffenen Entscheidungen und die Auswirkungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im September des Jahres besonders zu thematisieren.



Zusätzlich möchten wir Sie an den Appell der „Potsdamer Neun“ erinnern:

Wir appellieren

an den Deutschen Bundestag, an die Bundesregierung und an die Gerichte,
also an alle drei staatlichen Gewalten

Schaffen Sie endlich Rechtsfrieden
Beenden Sie die politische Verfolgung Unschuldiger
Sorgen Sie für deren Rehabilitation
Nehmen Sie deren Eigentumsrechte endlich ernst

Seit dem Untergang der DDR 1989/1990 begeht der seitdem gesamtdeutsche Staat an einem Teil der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft schweres Unrecht. Er begeht es an denjenigen, die in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949 allein wegen ihrer Herkunft und ihrer Berufszugehörigkeit politisch verfolgt, ihres gesamten Eigentums beraubt und vertrieben wurden, aber auch verhaftet, verschleppt und umgebracht worden sind, und die 1990, als das kommunistische Regime weggefegt war, ihr Eigentum nicht wiederbekamen, obwohl es in den meisten Fällen hätte zurückgegeben werden können und daher hätte zurückgegeben werden müssen.

Diese Menschen gehören jener gehobenen Bürgerschicht an, die die Kommunisten damals als „Klassenfeind“ gebrandmarkt haben und vernichten wollten. Zu ihr gehörten alle Unternehmer des Mittelstands und der Industrie, selbständige Gewerbetreibende, Kaufleute, Handwerker, Landwirte mit 100 Hektar und mehr, darunter alle adligen und bürgerlichen Gutsherren, die als „Junker“ geschmäht wurden.

An ihnen sind damit schwere Verbrechen gegen die Menschenrechte begangen worden. Die damalige Verfolgung lief als Bestrafungsaktion mit der kollektiven Beschuldigung, sie und ihre Familien seien „Nazi-Aktivist und Kriegsverbrecher“. Die Vermögensentziehungen waren regelmäßiger Bestandteil der Verfolgung, waren Strafen für nicht begangene Straftaten. Aber der gesamtdeutsche Staat, der sich Rechtsstaat nennt, setzt diese Bestrafung und damit die politische Verfolgung bisher fort. Dabei hat er durchaus gesetzliche Regelungen geschaffen, die eine Rehabilitation und deren eigentumsrechtlichen Folgen nicht nur ermöglichen, sondern auch gebieten. Seit nunmehr zwei Jahrzehnten versuchen die Verfolgungsoffer, ihre Rechtsansprüche durchzusetzen. Aber Behörden und Gerichte weisen sie in der Regel ab, weil Formulierungen in diesen Regelungen Fehldeutungen ermöglichen. Hier müssen Bundestag und Bundesregierung Klarheit schaffen. Rechtsansprüche, zumal gesetzlich gesicherte, muss ein Rechtsstaat durchsetzen. Ohne dem wird es keinen Rechtsfrieden geben.

Der Anlass für unseren Appell: Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 23. April 1991

Die erste Abweisung der Verfolgungsoffer durch das höchste deutsche Gericht fand mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. April 1991 statt. Auch wenn dieses sich nur auf die Opfer der kommunistischen „Bodenreform“ bezog und weil es das vermeintliche Rückgabeverbot der enteigneten Vermögenswerte zu bekräftigen schien, fühlten und fühlen sich Behörden und Gerichte veranlasst, Rehabilitierungs- und daraus folgende Rückgabeanträge ablehnen zu müssen. Dass sie und warum sie darin irren, ist längst ausführlich und unwidersprochen belegt.

Am 23. April 2011 ist dieses erste höchstrichterliche Urteil in dieser Rechtsfrage zwanzig Jahre her. Eine lange, eine zu lange Zeit, um Recht herzustellen, wie es die gesetzlichen Regelungen gebieten.

Daher sind diese zwanzig Jahre der Anlass für unseren Appell.

Die Namen der „Potsdamer Neun“:

Prof. Dr. H.H. v. Arnim, Prof. Dr. U. Hellmann, Prof. Dr. K.A. Schachtschneider, Prof. Dr. Julius H. Schoeps,
Prof. Dr. Th. Schweisfurth, Prof. Dr. H. Joachim Selenz, Prof. Dr. J. Starbatty,
Prof. Dr. M. Wilke, Prof. Dr. M. Wolffsohn.

Zusätzlich kamen noch über 100 Unterschriften zur Unterstützung aus dem In- und Ausland hinzu. Zuletzt auch noch anlässlich der Veranstaltung am 19./20. Juni 2015.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Graf v. Schwerin
ARE-Bundesvorsitzender

ARE-Pläntz : Hofstraße 5, 16845 Pläntz bei Neustadt/Dosse, Tel.:033970/ 518-74 /-76, Fax 033970/ 518-75

ARE-Zentrum Hessen: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624/ 9262-58, Fax: 05624/ 9262-68

e-Mail: are-pl@gmx.de, Internet: www.arenrg.de

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin: BIC: GENODEF INPP IBAN: DE68 1606 1938 0 103 0 127 94